

Manuel Höferlin

(A) Diese Woche hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI, zusammen mit den Polizeien das Digitalbarometer veröffentlicht. Da ist jetzt aktenkundig, dass es Ihnen nur sehr unzureichend gelingt, die Sicherheit im Internet zu organisieren. Die Zahlen verdeutlichen, dass sich 80 Prozent der Menschen große Sorgen um ihre Sicherheit im Internet machen. Jeder Vierte ist schon einmal Opfer von Cyberkriminalität geworden. Dafür, dass Sie, Herr Minister, nach eigenem Bekunden seit den 80er-Jahren im Internet unterwegs sind und nicht erst seit gestern für die Internetsicherheit zuständig sind, ist das, finde ich, eine verheerende Bilanz.

(Beifall bei der FDP)

Es zeigt, dass das Thema „Sicherheit im Internet“ bei Ihnen eben nicht gut aufgehoben ist. Durch das, was Sie tun und wie Sie es im Innenministerium gestalten, ist die Internetkriminalität sogar noch gefährlicher.

Ich will Ihnen das gerne erklären. In den Ihnen unterstellten Sicherheitsbehörden herrscht Uneinigkeit darüber, was mit Sicherheitslücken bei Computern und Mobiltelefonen der Bürger geschehen soll. Sollen sie zum Ausspähen genutzt werden, oder sollen sie geschlossen werden? Es geht um Millionen von Geräten, Millionen von Handys und Computern der Bürgerinnen und Bürger, die letztlich unsicher sind, weil Sie, also Ihre Behörden, Sicherheitslücken dauerhaft offenlassen.

(Beifall bei der FDP)

(B) Mit klangvollen Namen wie dem IT-Sicherheitsgesetz – oder wie Sie gerne sagen: Internetsicherheitsgesetz 2.0 – erwecken Sie erst einmal den Anschein von Sicherheit. Sie gehen davon aus, dass das die Sicherheit steigert. Aber am Ende tun Sie und Ihre Behörden genau das Gegenteil. Sie wollen einige wenige Kriminelle kriegen und dafür deren Geräte ausspionieren und lassen gleichzeitig bei Millionen Geräten die Sicherheitslücke offen. Dabei verkennen Sie völlig, dass diese Sicherheitslücken natürlich nicht verborgen bleiben, sondern Internetkriminelle diese morgen für ihre Machenschaften nutzen. Die Wahrheit ist: Mit diesem Hickhack lassen Sie die Sicherheit schleifen und steigern eben nicht die Sicherheit im Internet. Letztlich sind Sie Mitverursacher.

Dabei könnten Sie viel mehr tun. Zum Thema E-Government könnte man noch viel mehr sagen. Aber ich will nur drei Dinge zum Thema IT-Sicherheit ansprechen: Nehmen Sie das BSI endlich aus der Verantwortung des Ministeriums! Lassen Sie es frei!

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen es gerne bei einem Digitalministerium angesiedelt sehen, damit dieser Kampf zwischen Sicherheit und Eingriff aufhört. – Geben Sie den Menschen auch die Mittel in die Hand, sich selbst zu schützen. Wir haben im Bundestag einen Antrag zum Anspruch auf Kryptographie eingebracht. Wir wollen, dass sich die Menschen selbst schützen können. – Und zuletzt – das fehlt in Ihrem Haushalt völlig –: Mittel für die Stiftung Datenschutz.

(Beifall bei der FDP)

Sie lassen sie am langen Arm verhungern. Dabei ist das eine Schnittstelle, die dafür sorgen kann, dass sich Men-

(C) schen selbst schützen. Ich hoffe, dass wir als Parlament das im Haushalt korrigieren können und dafür Mittel freimachen. Es gibt einen offenen Brief, den ich voll und ganz unterstütze. Die Stiftung Datenschutz darf nicht sterben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort Dr. André Hahn, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. André Hahn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsextremismus ist aktuell die größte Bedrohung für den inneren Frieden in unserem Land. Und wenn in dieser Situation Kommunalpolitiker von CDU, SPD und FDP in Hessen einen stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD zum Ortsvorsteher einer 2 500-Einwohner-Gemeinde wählen,

(Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Sie wissen, dass das falsch ist! Das ist kein Mitglied von uns!)

dann drohen langsam alle Dämme zu brechen. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Der feige Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Anfang Juni hat uns in aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass rechte Gewalt schon längst nicht mehr ein Thema ist, das vor allem Minderheiten betrifft. Um dem Rechtsextremismus und -terrorismus zu begegnen, brauchen wir keine neuen Planstellen beim Verfassungsschutz, bei der Bundespolizei oder beim Bundeskriminalamt,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!)

zumal schon jetzt von den bestehenden Dienstposten Tausende gar nicht besetzt werden können. Was Sie hier machen, Herr Seehofer, ist purer Aktionismus, der kein einziges Problem löst. Das können und werden wir als Linke nicht mittragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Durchschnittlich fünf rechte Gewalttaten am Tag zählen Opferberatungsstellen allein für Ostdeutschland und Berlin. Seit 1990 gab es mindestens 196 Todesopfer rechter Gewalt; mein Kollege Perli hat darauf schon hingewiesen. Viel zu lange hat man im Innenministerium den Ernst der Lage und die tatsächliche Bedrohung ignoriert. Statt den Kampf gegen die Gefahr von rechts ganz oben auf die Agenda zu setzen, erklärte Horst Seehofer die Migration zur „Mutter aller Probleme“. Aus Sicht der Linken, Herr Seehofer, ist nicht die Migration das Hauptproblem, sondern ein Innenminister, der im Kampf gegen den Rechtsextremismus immer wieder abtaucht.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. André Hahn

- (A) Wir alle dürfen es nicht zulassen, dass die Rechten im ländlichen Raum sogenannte national befreite Zonen etablieren, in die sich Bürgerinnen und Bürger wegen ihres Aussehens oder ihrer Hautfarbe nicht mehr hineintrauen, weil sie rassistische Übergriffe befürchten müssen. Es ist die Aufgabe eines Innenministers, die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit aller hier bei uns Lebenden zu gewährleisten. Auch diese Menschen haben ein Recht auf Heimat.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Daher erwarten wir von Herrn Seehofer, dass er sich mit Sensibilität und aller Entschlossenheit unmissverständlich auf die Seite der Opfer rassistischer Gewalt stellt.

(Beifall bei der FDP)

Wenige Wochen nach dem Mord an Walter Lübcke schoss in Hessen ein Rechtsextremist aus dem Auto heraus auf einen 26 Jahre alten Mann aus Eritrea und verletzte ihn schwer. Zu diesem und anderen Angriffen auf Geflüchtete oder hier lebende Ausländer durch deutsche Täter hat Herr Seehofer geschwiegen. Als ein deutsches Kind und seine Mutter durch einen offenbar geistig gestörten Ausländer vor einen Zug gestoßen wurden – ohne Zweifel ein fürchterliches Verbrechen –, unterbrach der Innenminister seinen Urlaub und stellte sich vor die Fernsehkameras. Auch so setzt man Zeichen, Herr Minister; aber womöglich spielt man damit den Falschen in die Hände.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Meine Damen und Herren, auch in den Polizeibehörden und in der Bundeswehr häufen sich in alarmierender Weise Hinweise auf braune Netzwerke: Nordkreuz, Uniter oder beim Kommando Spezialkräfte – das sind nur drei Beispiele. Die Bundesregierung behauptet seit Monaten, keinerlei Kenntnisse über solche Verbindungen zu haben.

(Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Unglaublich!)

Trotzdem sollen laut Medienberichten Hunderte neue Stellen nicht nur beim Bundeskriminalamt, sondern auch beim Militärischen Abschirmdienst geschaffen werden, um besser auf Rechtsextremisten in der Bundeswehr reagieren zu können. Wie passt denn das mit den bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung zusammen? Wenn es angeblich keine rechten Netzwerke bei der Bundeswehr und anderen Sicherheitsbehörden gibt, warum schafft man dann mehrere Hundert zusätzliche Stellen, um dagegen vorzugehen? Viele Fragen und keine Antworten vom zuständigen Minister. Herr Seehofer, Sie sind und bleiben ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Filiz Polat [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Stefan Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stefan Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor anderthalb Jahren haben Sie, Herr Seehofer, sich ein Superministerium geschaffen, das neben der Innenpolitik auch die Bereiche Bau und Heimat umfasst. Beim Thema Heimat gehe es nicht, so haben Sie damals gesagt, um „Dirndl oder Lederhose, sondern um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Sie haben große Erwartungen geweckt. Doch was haben Sie in den vergangenen anderthalb Jahren tatsächlich dafür getan, dass sich die Menschen in unseren Städten und Gemeinden zu Hause fühlen? Nichts, muss man nach Ihrer Rede heute Morgen sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist komplett gescheitert. Einen gemeinsamen Abschlussbericht von Ländern und Kommunen gab es nicht. Stattdessen formuliert die Bundesregierung in einem dünnen Maßnahmenkatalog, was man in den nächsten zehn Jahren tun *könnte*, besprechen *könnte* oder prüfen *könnte*. Konkrete Maßnahmen, wie die Handlungs- und Investitionsfähigkeit finanzschwacher Kommunen wiederhergestellt werden kann, etwa durch eine Bundesbeteiligung beim Abbau von Altschulden oder durch eine stärkere Beteiligung an den Sozialausgaben, die die Kommunen zu schultern haben – Fehlanzeige! Bei meinen Besuchen in den Städten und Gemeinden erlebe ich regelmäßig, was ein Investitionsstau in Höhe von 138 Milliarden Euro und Kassenkredite in Höhe von 46 Milliarden Euro auf kommunaler Ebene bedeuten, nämlich marode Schulgebäude, schlecht ausgebaute Kitas, baufällige Schwimmbäder, ausgedünnter Nahverkehr. Viel zu viele Kommunen sind nicht nur weit entfernt von gleichwertigen Lebensverhältnissen, sondern noch nicht einmal auf den Weg dorthin.

(Beifall bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch beim Thema „bezahlbares Wohnen“ enttäuscht Ihr Haushaltsentwurf. Ausgerechnet beim sozialen Wohnungsbau kürzen Sie die Mittel, inmitten einer Mieten- und Baupreisexplosion. Eine magere Milliarde ist Ihnen diese Gesellschaftsaufgabe wert, und das bei einem Bedarf von 2 Millionen Sozialwohnungen. Verschärfend kommt noch hinzu, dass Jahr für Jahr weitere Wohnungen still und leise aus der Sozialbindung herausfallen. Wir Grüne setzen Ihrer Untätigkeit unser Konzept der neuen Wohngemeinnützigkeit entgegen. Mit Bundeszuschüssen in Höhe von 3 Milliarden Euro jährlich wollen wir dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen, jedes Jahr 100 000 neue Wohnungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen verteilen Sie mit dem Baukindergeld 10 Milliarden Euro mit der Gießkanne. Das schafft vor allem Mitnahmeeffekte, löst aber die Probleme eines überhitzten Wohnungsmarktes nicht.

Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind bestimmt keine einfachen Aufgaben. Aber sie deshalb nicht einmal ansatzweise in Angriff zu nehmen, zumal die Pro-

(D)